



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hainisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern III Institutionelle Verankerung in der Staatsregierung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechend den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ zu prüfen, wie der Verfassungsauftrag „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ in der Staatsregierung als Querschnittsaufgabe sinnvoll institutionell verankert werden kann und dem Landtag entsprechend über die Ergebnisse zu berichten.

Begründung:

Am 30.01.2018 legte die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ ihren Abschlussbericht (Drs. 17/19700) vor. Der Bericht enthält zahlreiche Handlungsempfehlungen an Parlament und Staatsregierung mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns zu erreichen und sicherzustellen. Nach dreieinhalb Jahren intensiver Arbeit ist es nun an der Zeit, die Empfehlungen der Kommission zügig umzusetzen.

Unter Punkt 5.3.1 des Berichts wird eine institutionelle Verankerung des Verfassungsziels „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in der Staatsregierung angeregt. Dies ist sinnvoll, da Herstellung und Wahrung Gleichwertiger Lebensverhältnisse eine Daueraufgabe darstellen. Die Staatsregierung soll gegenüber dem Landtag darstellen, in welcher Form sie dies für sinnvoll erachtet. Beispiele wären ein zuständiger Staatssekretär oder ein Sonderbeauftragter für Gleichwertige Lebensverhältnisse.

Die entsprechende Handlungsempfehlung findet sich im Abschlussbericht der Enquete-Kommission unter Punkt 5.3.1.